

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

3.6.1929 (No. 125)

Expedition:
 Karlsruhe,
 StraÙe Nr. 14
 Fernsprecher
 Nr. 953
 und 954
 Postfachkonto
 Karlsruhe
 Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
 für den
 redaktionellen
 Teil
 und den
 Staatsanzeiger:
 Chefredakteur
 C. Knecht,
 Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-StraÙe 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konfuzverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Subskribent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes

(mitgeteilt vom Landesarbeitsamt Südwestdeutschland).

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit hat sich in der Berichtswoche vom 23. bis 29. Mai in annähernd demselben Umfang wie in der Vorwoche fortgesetzt. Die an einzelnen Orten aufgetretene Besserung der Arbeitsmarktlage und die vereinzelt hervorgetretene Belegung nicht saisonmäßiger Berufsgruppen wurde durch Neuzugänge von Arbeitslosen in anderen Bezirken und aus anderen Gruppen zum Teil wieder aufgehoben, zumal da auch die Saisonbetriebe vielfach nur kurzfristige Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen konnten.

Der Stand der Hauptunterstützungsempfänger am 29. Mai war folgender: In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung

42 962 Personen (29 172 Männer, 13 790 Frauen),
in der Krisenunterstützung
9393 Personen (7419 Männer, 1974 Frauen).

Die Gesamtzahl der Unterstützten fiel um 2370. Davon kamen auf Württemberg 13 189 gegen 13 465, auf Baden 39 186 gegen 41 280.

Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen am 29. Mai 1929 auf 1000 Einwohner 10,4 Hauptunterstützungsempfänger gegen 11,3 am 15. Mai und 12,1 am 8. Mai.

Über den Stand und die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den einzelnen Berufsgruppen ist folgendes zu berichten:

Die Aufnahmefähigkeit des Baugewerbes für gelehrte Facharbeiter, wie Maurer, Zementierer, Zimmerer, Maler u. Spiser, hält sich in bescheidenen Grenzen; eine Belegung gegenüber der Vorwoche ist hier nicht zu verzeichnen. Der Bedarf an Bauhilfsarbeitern läßt mehr und mehr nach, die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte können nicht immer vermittelt werden. Bemerkenswert ist die Kurzfristigkeit der Beschäftigungsverhältnisse, die einer stärkeren Entlastung des Arbeitsmarktes entgegensteht. Notstandsarbeiter wurden am Stichtage noch 4717 beschäftigt. Die Industrie der Steine und Erden weist im allgemeinen günstigere Beschäftigungsmöglichkeiten auf; lediglich einige größere Steinbruchbetriebe in Baden arbeiten mangels ausreichender Aufträge noch mit beschränkter Belegschaft. Im Verkehrsgewerbe hat sich die Lage nicht gebessert. Vereinzelt sind Anforderungen von Bahnarbeitern, Hafen- und Handelshilfsarbeitern stehen Entlassungen in mindestens der gleichen Höhe gegenüber. Die Anforderung der Landwirtschaft nach geübtem Personal hat in dem gleichen Umfang wie bisher angehalten. Durch zweiseitige Bemittlung war es möglich, eine größere Anzahl jüngerer Dienstboten und vereinzelt auch erwerbslose Industriearbeiter in landwirtschaftlichen Arbeitsstellen unterzubringen. Nach Landschaftsgärtnern und Gartenarbeitern herrscht roge Nachfrage, während in der Forstwirtschaft erneut Kräfte einbeschrieben wurden. Durch das Einsetzen der warmen Witterung erhöhten sich die Beschäftigungsmöglichkeiten im Garten- und Gewächshausbau namentlich für Hilfskräfte zur Bedienung in Gartenwirtschaften nicht unbedeutend. Auch eine größere Anzahl von Dauerstellen konnte besetzt werden. Der Mangel an tüchtigem männlichen und weiblichen Küchenpersonal war nicht zu beheben. Für Musiker boten sich ebenfalls vermehrte Beschäftigungsmöglichkeiten. Im Feinverbrauchs- und Bekleidungsgebiet bestanden nach den Pfingstfeiertagen zahlreich freie Stellen.

Die metallverarbeitende und Maschinenindustrie mußte erneut zu Arbeiterentlassungen und Einföhrung von Kurzarbeit schreiten. Leicht aufnahmefähig ist die Automobil- und Blechwarenindustrie für weibliche Arbeiter, die Elektroindustrie und der landwirtschaftliche Maschinenbau für Fachkräfte. Die dem Baugewerbe nachstehenden handwerklichen Berufe, wie Bauhölzer, Maschin- und Elektromonteur, sind noch gut beschäftigt. Die Schmiedewarenindustrie weist für weibliche Arbeiter in der Doublerbranche eine leichte Besserung auf. Entlassungen wurden von einer Weidestfabrik und einer Uhrengehäufabrik gemeldet. Die Lage in der chemischen Industrie ist unverändert. Die Textilindustrie leidet unter der Kreditreduktion der Reichsbank und den Schwierigkeiten, die erforderlichen Betriebsmittel zu beschaffen. Verschiedene größere Betriebe der Baumwollspinn- und -weberei mußten weitere Arbeitszeitverkürzungen vornehmen. Die Seidenstoffwebereien sind gut beschäftigt; eine neu gegründete Kunstseidenfabrik forderte eine größere Anzahl von Textilarbeiterinnen an. In der Lederindustrie haben sich die Verhältnisse nicht gebessert. Die Stilllegung zweier größerer Werke ist für die aller nächste Zeit vorgesehen. Ineinheitlich ist die Lage im Holz- und Schnitzstoffgewerbe; die Nachfrage nach offenen Stellen überwiegt sowohl in der Bau- wie auch in der Möbel-schreinererei. Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe macht sich eine leichte Besserung bemerkbar. Vereinzelt wurden von Konserfabriken Arbeiterinnen für die Spargelverarbeitung eingestellt; auch die Molkereien und Käseereien zeigen eine Besserung des Beschäftigungsgrades. Die Lage im Bekleidungs-gewerbe ist für das Schneidergewerbe noch immer günstig; stellenweise herrscht insbesondere in der Maßschneiderei ein reger Geschäftsgang, während die Konfektionsbranche eher eine Abschwächung erfahren hat. Die rüchläufige Bewegung in der Schuhindustrie ist auch in der vergangenen Woche nicht zum Stillstand gekommen; Arbeiterentlassungen mußten wieder in größerem Umfang vorgenommen werden.

Letzte Nachrichten

Der Arbeitsplan des Reichstages

Der Reichstag, 3. Juni (Tel.). Der Reichstag beschloß, während des kommunistischen Parteitages, der die ganze nächste Woche andauert, die Plenarsitzungen nicht aussetzen, wichtige Abstimmungen aber auf bestimmte Stunden festzusetzen. Die Mehrheit des Reichstages sprach sich dagegen aus, im jetzigen Zeitpunkt über die Pariser Reparationsverhandlungen zu debattieren; sie will vielmehr über diese Frage sowie über das Arbeitslosenversicherungsproblem und die landwirtschaftlichen Fragen in einer Sondertagung im Herbst beraten. Deutschnationale und Kommunisten erklärten sich mit dieser Auffassung nicht einverstanden und kündigten an, daß sie im Plenum eine anderweitige Regelung beantragen würden.

Im übrigen beschloß der Reichstag, heute den Ernährungs- und Arbeitsplan des Reichstages mit dem folgenden Tage den Wirtschaftsausschuss zusammen mit dem Reichsausschuss der Volkswirtschaften in Angriff zu nehmen. Von Freitag an soll der Haushalt des Innenministeriums und in der nächsten Woche zunächst der des Postministeriums und hierauf der Justizetat beraten werden. Die Etatberatung und damit das Ende der Session soll möglichst durch lange Beratungen spätestens Ende Juli erledigt sein, so daß damit die Sommerpause eintreten könnte.

In politischen Kreisen verlautet, daß zur Reform der Arbeitslosenversicherung andere Wege eingeschlagen werden, als in dem Reichsausschuss ursprünglich angedeutet waren. Es gilt jetzt als sicher, daß auf eine Beitragsreduktion verzichtet werden wird. Deshalb hat man nun auch offenbar eine Sachverständigenkommission zur Untersuchung des Problems gewählt, die aus parteipolitischen Gründen notwendig war, um einen solchen Beschluß zu fassen.

Die Forderungen der Eisenbahnarbeiter

Die Reichsregierung wartet ab. M. Berlin, 3. Juni. (Priv.-Tel.) Das Reichs-Kabinett hat sich in seiner letzten Sitzung auch mit der sehr ersten Frage der Lohnreduktion bei der Reichsbahn beschäftigt. Man wird es vermeiden, zunächst eine Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts auszusprechen, sondern warten, bis man auf Grund der Pariser Mitteilungen genau weiß, welche Beiträge im laufenden Etat an Reparationen eingepart werden können. Man möchte zum mindesten eine Tarifierhöhung vermeiden. Eventuell wäre das Reich in der Lage, abgesehen von den erwähnten Einsparungen der Reichsbahn an Reparationslasten, auf einen Teil der Verkehrssteuer zu verzichten.

Internationaler beratender Ausschuss für den Fernsprechwirkverkehr

M. Berlin, 3. Juni (Tel.) Unter der Führung des Reichspostministeriums ist heute in Berlin die sechste Tagung des 1924 geschaffenen Internationalen Ausschusses für den Fernsprechwirkverkehr eröffnet worden. Sie ist besetzt mit den meisten europäischen Fernsprechverwaltungen, sowie von den Fernsprechgesellschaften in den Vereinigten Staaten, Mexiko und Kuba, und von den beratenden Sachverständigen aus der Fernsprechindustrie. Der Ausschuss prüft, wie der Fernsprechverkehr auf weite Entfernungen technisch und organisatorisch zu höchster Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit entwickelt werden kann.

Eine Spionageaffäre in Prag

Prag, 3. Juni (Priv.-Tel.) Über die Spionageaffäre, die durch Auffindung einer Mappe mit wichtigen militärischen Dokumenten auf dem Prager Flugplatz entdeckt wurde, berichtet das „Montagsblatt“. Die Gattin des verhafteten Stabskapitän, dessen Name nicht genannt werden darf, wurde der Kollisionsdirektion vorgeführt und ebenfalls vernommen. In maßgebender Stelle wird betont, daß die Preisermüdungen die Angelegenheit in etwas übertriebener Weise darstellten. Die Bedeutung der verfallenen Dokumente darf nicht überschätzt werden. Auch die Behauptung, daß die Spionage im Auftrage Deutschlands erfolgt sei, sei nicht erwiesen. Wie bekannt, befanden sich in Berlin Spionagezentren einer Reihe von Staaten, und es wurde nachgefragt, welchen Weg das verfallene Material genommen hat. Der verhaftete Stabskapitän schloß sich Schlußfolgerungen auf keinen Regimentsführer, die zwar geheimnisvoll, aber weniger wichtiges Material enthielten. Die Akten hat er dann über Nacht offenbar photographieren lassen und am nächsten Tage wieder untergebracht in den Schranck gelegt. Der Kapitän hat seine Spionagetätigkeit ungefähr zwei Jahre ausgeübt.

Abreise der deutschen Delegation nach Madrid. Sonntag abend verließ unter Führung des Staatssekretärs v. Schubert die deutsche Delegation Berlin, um sich zur Teilnahme an der Tagung des Völkerbundesrates nach Madrid zu begeben. Mitglieder der Delegation sind Ministerialdirektor Dr. Gaus, der Leiter der Kulturbteilung des Auswärtigen Amtes, Senator Freitag, Geh. Rat v. Weizsäcker, Vortragender Legationsrat v. Frieberg, Geh. Rat Gürlich, ferner Konsul Kleinbeck und Legationsrat Adels.

Präsidentenwechsel beim Landgericht Mannheim

Der Justizminister über die juristischen Prüfungen

Anlässlich des Wechsels in der Besetzung der Stelle des Landgerichtspräsidenten in Mannheim fand am Samstag unter außerordentlicher Beteiligung der Beamten und Angestellten der Mannheimer Justizbehörden sowie der Rechtsanwaltschaft im Schwurgerichtssaal des Landgerichts Mannheim (Schloß) eine eindrucksvolle Abschieds- und Einföhrungsfeier statt, zu welcher seitens der Justizverwaltung Justizminister Dr. Trunk und Ministerialdirektor Dr. Schmitt erschienen waren.

Justizminister Dr. Trunk

führte nach Begrüßung der Erschienenen etwa aus: Entsprechend der bei gleichen Anlässen bereits in Konstanz, Karlsruhe und Offenburg getätigten Übung nehme die Justizverwaltung auch in Mannheim die Verabschiedung des scheidenden und die Einföhrung des neuen Präsidenten in feierlicher Form vor, um gegenüber der Bevölkerung die Bedeutung der Stellung des Präsidenten einer Justizbehörde, von der Bedeutung eines Landgerichts hervorzuheben. Sie wolle betriebsmäßige Gelegenheiten gleichzeitig wahrnehmen, um das Wort zu dem oder jenem Problem zu ergreifen, das die Rechtspflege berührt. Es sei sonst Übung der Justizverwaltung, ruhig und still, aber entschieden den für richtig gehaltenen Weg zu gehen und ihre Pflicht zu tun, ohne peinliche Empfindlichkeit gegenüber Angriffen in der Öffentlichkeit. Doch ganz still könne sie nicht sein. Er wolle heute das Wort zu einer zwar nicht hoch bedeutsamen, aber zur Zeit akuten Frage nehmen, nämlich zur Frage der juristischen Prüfungen in Baden, um dadurch Aufklärung und Verständnis sowohl innerhalb der als Beamte oder Rechtsanwälte bereits in der Rechtspflege Tätigen, als auch innerhalb derjenigen, die sich erst künftighin dieser Tätigkeit widmen wollen, zu schaffen.

Seit einiger Zeit seien in diesem Punkte zum Teil auch in der Presse Angriffe erhoben worden. Zunächst habe sich eine Heidelberger Zeitung in einem Aufsatz mit den „Methoden bei den juristischen Prüfungen“ beschäftigt. Gegen diesen Artikel hätten damals Professor Dr. Witteis in Heidelberg aus seinen Erfahrungen als Mitglied der Prüfungskommission und weiterhin auch die Justizverwaltung in der amtlichen „Karlsruher Zeitung“ Stellung genommen. Trotz der gegebenen Aufklärung sei jüngst in einer Mannheimer Zeitung wieder ein Aufsatz „Die juristischen Staatsprüfungen in Baden“ erschienen, der neue Angriffe gegenüber der Justizverwaltung enthalte. Da darin unter den Überschriften „Die Ansicht des Richters“ und „Die Ansicht des Rechtsanwaltes“ Äußerungen eines Richters und eines Rechtsanwaltes wiedergegeben worden seien, halte sich die Justizverwaltung für berechtigt und verpflichtet, bei dieser Gelegenheit nun auch die Ansicht der Justizverwaltung zu Gehör zu bringen.

Es werde der Justizverwaltung vorgeworfen, sie kontingentiere bei der Entscheidung über das Bestehen der juristischen Prüfungen in der Weise, daß sie unter Berücksichtigung der Zahl und Persönlichkeit der zur Prüfung Erschienenen und des bei Staats- und Gemeindebehörden und in der Rechtsanwaltschaft bestehenden Bedürfnisses die Examinatoren anweise, ohne Rücksicht auf die Geeignetheit der Kandidaten eine bestimmte Anzahl für nicht bestanden zu erklären, lasse also „programm-mäßig“ und „methodisch“ einen bestimmten Prozentsatz der Prüflinge durchfallen. Er wolle es der Öffentlichkeit nicht übel nehmen, wenn ein solcher Gedanke zu einer Zeit auftauche, wo die Begriffe der Kontingentierung und Nationalisierung in aller Munde seien. Diese Vorwürfe seien aber vollkommen unberechtigt.

Wenn die Justizverwaltung so handeln würde, handle sie unverantwortlich nicht nur gegenüber den jungen Menschen, die sich der Prüfung unterziehen wollten und deren Eltern, sondern auch vor sich selbst. Sie wisse sehr wohl, daß das Ergebnis der ersten juristischen Prüfung noch keinen schlüssigen Beweis für die Bewährung in der juristischen Praxis darstelle.

Daß die Vorwürfe unberechtigt seien, ergebe schon der Aufbau der beiden Prüfungen, der es gar nicht zulasse, Beweisen der behaupteten Art zu geben. Die Prüfungsergebnisse würden durch die Prüfungskommissionen festgelegt und lägen im Schluß der Prüfung der Justizverwaltung als eine Sache vor. Die Technik der Prüfung sei nichts geheimes, denn in dem im Buchhandel erhältlichen „Vorschriften über die Ausbildung der Juristen in Baden“ durch Witabdruck der Geschäftsordnungen der Prüfungskommissionen veröffentlicht.

Schon die Zusammensetzung der Prüfungskommission lasse die Behauptung ihrer Beeinflussung durch die Justizverwaltung als ungerechtfertigt erscheinen. Die Kommission für die erste juristische Prüfung bestehe aus dem Ministerialdirektor des Justizministeriums als Vorsitzenden und sechs präsenten Mitgliedern. Von diesen würden regelmäßig drei der Zahl der Rechtslehrer an den beiden Landesuniversitäten entnommen, die also ihre Studenten prüften. Von den übrigen drei präsenten Mitgliedern seien zwei Juristen und ein Verwaltungsbeamter. Es werde doch wohl niemand für möglich halten, daß die Universitätsprofessoren sich durch eine Weisung des Ministers beeinflussen ließen. Man möge die Justizverwaltung doch auch nicht für so ungeschickt halten, überhaupt einen derartigen aussichtslosen Versuch zu machen.

Die diesjährige Prüfungscommission für die zweite juristische Prüfung bestehe aus drei Richtern — 1 Senatspräsident des Oberlandesgerichts, ein Oberlandesgerichtsrat und ein Landgerichtsdirektor —, einem Oberstaatsanwalt und einem Beamten der inneren Verwaltung. Auch diese Zusammensetzung bürge für eine unbeeinflussbare Entscheidung. In der Herbstprüfung sei statt eines der Richter ein angegebener Mannheimer Rechtsanwalt als Examinator tätig, der einer

ROB GEGR. 1870
Eröffnung von Kontokorrentkonten
 mit und ohne Kreditgewährung
Rheinische Creditbank * Filiale Karlsruhe
Zentralhandelsregister für Baden.

Freiburg, Weisg. B.13
 Handelsregister Freiburg i. Br.

A Bd. V D.-3. 86: Die unter der Firma "Emilie Wandel" in Freiburg eingetragene offene Handelsgesellschaft ist durch das Ausschließen der Gesellschafterin Friederike Red aufgelöst; die bisherige Gesellschafterin Elise Wandel ist jetzt alleinige Inhaberin der Firma. Am 1. Mai 1929.

A Bd. X D.-3. 44: Verlag moderner Plastdrucke, Hermann Krieger in Freiburg, Inhaber ist Kaufmann Hermann Krieger, geb. 27. März 1884, wohnhaft in Freiburg, dessen Ehefrau, Emma Krieger, geb. Jädle, hat Prokura. Am 2. Mai 1929.

A Bd. IX D.-3. 172: Firma Cuno Wieland & Co., in Freiburg, ist erloschen Am 3. Mai 1929.

A Bd. VI D.-3. 107: Firma Eugen Klingele, Freiburg, ist erloschen Am 4. Mai 1929.

A Bd. IX D.-3. 5: Firma Arthur Ulmann, Freiburg, ist im Handelsregister gelöscht. Prokura Albert Klingele ist erloschen. Am 7. Mai 1929.

B Bd. V D.-3. 78 bei Kaffeefriedrichsan, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Freiburg: Kaufmann Fritz Schmidt in Freiburg ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Am 1. Mai 1929.

Freiburg, Weisg. B.21
 Handelsregister Freiburg i. Br.

B Bd. VI D.-3. 44: Schwanlandsbahn-Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Freiburg. Gegenstand des Unternehmens ist der Bau und der Betrieb einer Seilbahn auf den Schwanland. Die Gesellschaft ist beauftragt, alle Maßnahmen zu treffen und alle Geschäfte abzuschließen, die den Gegenstand des Unternehmens unmittelbar oder mittelbar zu fördern geeignet sind. Das Grundkapital beträgt 800 000 M. Vorstandsmitglieder sind Bürgermeister Josef Höhl und Architekt Robert Wülfelsch, beide in Freiburg. Der Gesellschaftsvertrag ist am 19. Dezember 1928 festgestellt. Der Vorstand besteht aus einer oder mehreren Personen. Die Bestellung erfolgt durch den Aufsichtsrat. Sind mehrere Vorstandsmitglieder bestellt, so ist zur Vertretung der Gesellschaft das Zusammenwirken von 2 Vorstandsmitgliedern oder von einem Vorstandsmitglied u. einem Prokuristen erforderlich u. genügend. Ferner wird bekanntgemacht: Das Grundkapital ist eingeteilt in 1000 Vorzugsaktien zu je 1000 Reichsmark, 300 Stammaktien zu je 1000 Reichsmark und 2000 Stammaktien zu je 100 M. Alle Aktien laufen auf den Inhaber und werden zum Nennbetrag ausgegeben. Die Vorzugsaktien haben fünffaches Stimmrecht. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Die Generalversammlungen werden von dem Vorstand oder dem Aufsichtsrat durch einmalige öffentliche Bekanntmachung einberufen. Die Gründer der Gesellschaft, die sämtliche Aktien übernommen haben, sind: 1. die Stadtgemeinde Freiburg, 2. Firma Ernst Hedel, G. m. b. H., Gesellschaft für Förderanlagen in Saarbrücken, 3. Schwanlandsbahn-Studiengesellschaft in Freiburg, 4. Vertriebsvereinigung, die Gesellschaft

Freiburg, Weisg. B.14
 Handelsregister Freiburg i. Br.

für den Schwarzwald, 5. Vorstand Dr. Keller in Freiburg, 6. Süddeutsche Diskontogellschaft, Aktiengesellschaft, Fil. Freiburg. Der erste Aufsichtsrat besteht aus folgenden Herren: 1. Fabrikant u. Stadtverordneter Max Weierle, hier, 2. Oberbürgermeister Dr. Karl Bender, hier, 3. Generalmajor a. D. und Stadtrat Ernst von Christen, hier, 4. Rechtsanwalt Dr. Moritz Graff, hier, 5. Hotelbesitzer Erwin Haas, hier, 6. Vorstand Dr. Friedrich Keller, hier, 7. Stadtschreiber Kaufmann Max Mayer, hier, 8. Baumeister a. D. und Stadtrat Leo Staiger, hier, 9. Fabrikdirektor Fritz Bohmann in Saarbrücken, 10. Bankdirektor Willi Wolff, hier. Die Einlage der Stadt Freiburg wird geleistet durch Einbringung des für den Bau d. Schwanlandsbahn erforderlichen Grundstückes, sowie durch Gewährung eines Überfahrtrechts der Bahn über läd. Gelände. Das einzubringende Gelände, das für den Bau der Tal-, der Zwischenstation- und der Bergstation, sowie der dazugehörigen Anlagen in Betracht kommt, liegt teils auf Gemarkung Horben (Gd.-Nr. 69 a, 71 c, 74, 76, 77, 78, 80, 82 a), teils auf Gemarkung Freiburg (Teile des Stadtwaldtrifts Bohrer). Der Wert dieser Leistungen wird auf 100 000 M. festgesetzt. Die Stadt erhält dafür 100 Reichsmark. Die Schwanlandsbahn-Studiengesellschaft bringt das Projekt der Schwanlandsbahn, sowie die behördliche Konzeption für sie als Einlage ein. Der Wert dieser Einlage wird auf insgesamt 20 000 M. festgesetzt. Die Studiengesellschaft erhält dafür Stammaktien in gleicher Höhe. Von den mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücken, insbesondere von dem Prüfungsbericht des Vorstandes, des Aufsichtsrates und der Revisoren kann bei dem Bericht, von dem Prüfungsbericht der Revisoren auch bei der Zusammenfassung der Einlagen der Gesellschaften Einsicht genommen werden. Am 14. Mai 1929.

Heidelberg. B.15
 Handelsregister Abt. A
 Firma Georg Müller in Heidelberg ist erloschen.

Abt. B Band IV D.-3. 57 zur Firma Melliands Legatbericht Aktiengesellschaft in Heidelberg: Rudolf Schwarz ist aus dem Vorstand ausgeschieden. 11. Mai 1929.

Abt. A Band IV D.-3. 232: Die Firma Heinrich Oberfeld in Heidelberg ist erloschen.

Bd. VI D.-3. 194: Firma Georg Enkert in Heidelberg, Inhaber Kaffeehausbesitzer Georg Enkert, daselbst.

Abt. B Bd. II D.-3. 15 zur Firma Dresdner Bank Geschäftsstelle Heidelberg in Heidelberg als Zweigniederlassung der Firma Dresdner Bank in Dresden: Durch Beschluss der Generalversammlung vom 10. April 1929 wurde der Gesellschaftsvertrag geändert.

Bd. IV D.-3. 57 zur Stadtgemeinde Freiburg, 2. Firma Ernst Hedel, G. m. b. H., Gesellschaft für Förderanlagen in Saarbrücken, 3. Schwanlandsbahn-Studiengesellschaft in Freiburg, 4. Vertriebsvereinigung, die Gesellschaft

Heidelberg, Weisg. B.16
 Handelsregister Heidelberg

für sich allein zu vertreten.

Bd. IV D.-3. 90: Firma Heinrich Oberfeld, Holz- und Kohlenhandlung, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg. Gegenstand des Unternehmens ist der Groß- und Kleinhandel mit Kohlen, Brennholz, Nussholz, sowie allen einschlägigen Artikeln u. der Betrieb eines Zimmereigenschafts. Stammapital 20 000 M. Der Gesellschaftsvertrag ist am 16. April 1929 festgestellt. Geschäftsführer sind: Heinrich Oberfeld, Kaufmann in Heidelberg, Dr. Emil Himmelsbach, Kaufmann in Mannheim, und Kaufmann Fritz Kiefenhül in Mannheim. Die Gesellschaft wird durch mindestens zwei Geschäftsführer in der Weise rechtsgültig vertreten, daß einer der beiden Geschäftsführer, dessen Unterschrift zur rechtsgültigen Vertretung der Gesellschaft erforderlich ist, der Kaufmann Heinrich Oberfeld zu Heidelberg sein muß. Bekanntmachungen erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. Heidelberg, 14. Mai 1929.

Amtsgericht. B.44
 Handelsregister Heidelberg

1. Karlsruhe Räteindustrie, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Durch Geschäftsführerbeschluss vom 1. März 1929 wurde das Stammkapital um 2500 M. erhöht und beträgt jetzt 7500 M. Durch den gleichen Beschluss wurde der Gesellschaftsvertrag in § 5 (Stammapital) geändert. Friedrich Roth, Oberingenieur, Karlsruhe wurde zum weiteren Geschäftsführer bestellt. 23. 5. 1929.

2. Darmstädter- und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien, Filiale Karlsruhe (Baden), Hauptbüro Berlin. Der persönlich haftende Geschäftsführer Dr. Max Müller in Berlin ist aus dem Vorstand ausgeschieden. Der Vorstand der Aktien zu 100 und zu 1000 M. ist durchgeführt. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 9. April 1929 unter Zustimmung der persönlich haftenden Geschäftsführer ist der Gesellschaftsvertrag in § 6 Absatz 1 (Einteilung des Grundkapitals), § 13 Streichung b. Namens des früheren Geschäftsführers (Georg von Simson), § 34 (Aktienstimmrecht) geändert, ferner sind die §§ 9, 10, 11, 20iffer 1, 32 Abs. 3, 48 und 49 gestrichen worden. 23. 5. 29.

3. Schnellwagenfabrik Union, Aktiengesellschaft, Karlsruhe. Das Grundkapital ist um weitere 30 000 Reichsmark erhöht durch Ausgabe von 300 zum Nennwert ausgegebenen auf den Inhaber lautenden Stammaktien über je 100 Reichsmark. Diese Erhöhung hat stattgefunden. Das Grundkapital beträgt jetzt 186 000 M. 24. 5. 29.

Amtsgericht Karlsruhe. B.45
 Handelsregister Heidelberg

1. Chemisch-pharmazeutische Laboratorium Pharmacia, Robert Knöbische, Karlsruhe. Die Prokura der Pauline Knöbische Witwe, sowie die Firma ist erloschen.

2. W. Schneider, Karlsruhe. Die Firma ist erloschen.

3. Stern & Co., Karlsruhe. Moritz Stern ist aus

Mannheim, Weisg. B.992
 Handelsregister Mannheim

der Gesellschaft ausgeschieden. Kaufmann Richard Kälbermann, Karlsruhe, ist als persönlich haftender Geschäftsführer eingetreten. 22. 5. 1929.

4. Es wurde das Erlöschen der nachgenannten Firmen von Amts wegen eingetragen: 1. Brautigan & Gutschloß, 2. Hans Gieß, 3. Wilhelm Welter, 4. Josef Weidinger, 5. Heinrich Wirth, 6. Wölfl & Leenen, 7. Emil Föhner, 8. Carl Graf, alle in Mannheim. Amtsgericht Karlsruhe.

Amtsgericht Mannheim. D.992
 Handelsregister Mannheim vom 8. Mai 1929.

Commerz- und Privatbank Aktiengesellschaft Filiale Mannheim
 in Mannheim als Zweigniederlassung der Firma Commerz- und Privatbank Aktiengesellschaft in Hamburg: In der Generalversammlung der Aktionäre vom 18. April 1929 ist die Änderung des Gesellschaftsvertrages bezüglich der §§ 17 Absatz 2 (Personalauflösung), 18 Absatz 1 Satz 1 (Verufung der Sitzungen des Aufsichtsrats), 18 letzter Absatz (Unterzeichnung der Urkunden des Aufsichtsrats), 19 Absatz 2 letzter Satz (Besondere Vergütung an Aufsichtsratsmitglieder), 21 (Ort der Generalversammlung), 22 Satz 2 (Stimmrecht) und 23 Absatz 1 (Vorwerk in der Generalversammlung) beschlossen worden. Joseph Sander ist durch Tod aus dem Vorstand der Gesellschaft ausgeschieden.

W. H. Henkel Elektro- und Feinmechanik, Aktiengesellschaft in Mannheim: Die Generalversammlung vom 15. April 1929 hat die Abänderung des § 7 des Gesellschaftsvertrages beschlossen. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, einem einzelnen Vorstandsmitglied die Befugnis zu erteilen, die Gesellschaft allein zu vertreten. Dem Vorstandsmitglied Dr. Theodor Holzinger in Mannheim hat der Aufsichtsrat die Befugnis erteilt, die Gesellschaft allein zu vertreten.

Lagerhausgesellschaft Rheinau mit beschränkter Haftung in Mannheim: Rudolf Erles ist nicht mehr Geschäftsführer. Direktor Franz Schwarz, Mannheim, ist zum Geschäftsführer bestellt.

Ludwig Lehmann & Co. in Mannheim: Die Firma ist erloschen.

Philipp Reinhardt & Cie. in Mannheim: Die Niederlassung ist nach Berlin verlegt.

Wegert & Böhler in Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst und in Liquidation getreten. Zum Liquidator ist bestellt: der Geschäftsführer Wilhelm Wegert in Mannheim.

Hermann Kemmler in Mannheim: Die Firma ist erloschen.

Julius Becker & Co. in Mannheim: Die Firma ist erloschen.

"Süße Quelle" W. Könter & Co. in Mannheim: Erich Könter ist als persönlich haftender Geschäftsführer ausgeschieden. Georg Jemer, Mannheim, ist als Prokurist bestellt. Inhaber ist Wilhelm Wegert, Kaufmann, Mannheim. Amtsgericht Mannheim.

B.8
 Handelsregister Mannheim vom 11. Mai 1929:

Fritz Schneider, Gesell-

Mannheim, Weisg. B.993
 Handelsregister Mannheim

schaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Der Gesellschaftsvertrag ist am 3. Mai 1929 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist: Die Fabrikation und der Vertrieb von Maschinen und Apparaten jeder Art, ferner der Handel mit Industriebedarfsmaterialien jeglicher Art und endlich die Übernahme von Vertretungen, insbesondere der Eisen-, Metall-, Kraft- und Luftfahrzeugindustrie. Die Gesellschaft ist befugt, gleiche und ähnliche Unternehmungen zu erwerben und sich an solchen in jeder beliebigen Form zu beteiligen u. deren Vertretung zu übernehmen. Das Stammapital beträgt 20 000 M. Fritz Schneider, Kaufmann, Mannheim, ist Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch mindestens 2 Geschäftsführer oder durch einen Prokuristen vertreten. Der Geschäftsführer Fritz Schneider ist zur Alleinvertretung der Gesellschaft berechtigt. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. Geschäftslokale: Collmitz, Nr. 85.

W. H. Bleckmann, Mannheim: Inhaber ist Kaufmann Wilhelm Bleckmann, Mannheim. Geschäftszweig: Handel mit Stahl. Porzellanhandlung Lindenhof Karl Eisinger, Mannheim. Inhaber ist Karl Eisinger, Maler, in Mannheim.

Albert Wagner, Mannheim: Zweigniederlassung, Hauptbüro Ludwigshafen a. Rhein. Die Zweigniederlassung Mannheim ist aufgehoben. Amtsgericht Mannheim.

Mannheim. B.24
 Handelsregister Mannheim vom 14. Mai 1929:

Gehr. Schwabenland, Aktiengesellschaft, Mannheim: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der Generalversammlung vom 3. Mai 1929 in dem § 16 (Geschäftsjahr) geändert.

Reichsische Futtermittelgesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Folgende Firmen wurden gelöscht: Albin Horning, Mannheim; Julius Feinmann, Mannheim; Büro für Trandsport und Verkehr Rudolf Bergmann, Mannheim; Friedrich Knobel, Mannheim; Carl Fr. W. Eiler, Mannheim; Molitorbau Leo Weber, Mannheim; Pedarou; Friedrich Karl Schneider, Mannheim; Arifex-Vertrieb Hygienos, Arol Weiser, Mannheim; Wilma Kaufen, Mannheim; Buchverlag Hermann Ehrhorn, Mannheim; Barbara Stoll, Mannheim; Pedarou. Amtsgericht Mannheim.

Offenburg. B.58
 Handelsregister Offenburg Abt. B Bd. I D.-3. 59: Firma Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Zweigniederlassung Offenburg. Der persönlich haftende Geschäftsführer Bankdirektor Georg von Simson, Berlin, ist als solcher aus der Gesellschaft ausgeschieden. Der Umtausch der Aktien zu 120 M. in Aktien zu 100 und zu 1000 Reichsmark ist durchgeführt. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 9. April 1929 unter Zustimmung der persönlich haftenden Geschäftsführer ist

Offenburg, Weisg. B.59
 Handelsregister Offenburg

der Gesellschaftsvertrag in § 5 Absatz 1 (Einteilung des Grundkapitals), § 13 (Streichung des Namens des früheren persönlichen Geschäftsführers, Georg von Simson), und § 34 (Aktienstimmrecht) geändert; ferner sind die §§ 9, 10, 11, 20iffer 1, 32 Absatz 3, 48 und 49 gestrichen worden.

Offenburg, den 27. Mai 1929. **Abt. Amtsgericht II.**

Philippsburg. B.57
 Handelsregister Philippsburg B Bd. I D.-3. 2: Firma Katholisches Vereinshaus, G. m. b. H., in Philippsburg --: Durch Beschluss der Generalversammlung vom 18. März 1929 ist die Gesellschaft aufgelöst. Spatzenwälderwälder Hermann Schäfer, hier, ist Liquidator. Philippsburg, den 27. Mai 1929. **Abt. Amtsgericht.**

Mannheim. B.38
 Handelsregister Mannheim Abt. III D.-3. 41: **Maischer Fahrtenge- und Reisemittelhaus Ferdinand Berner, Mannheim:** Inhaber: Ferdinand Berner, Kaufmann in Mannheim, 15. Mai 1929. **Abt. Amtsgericht Mannheim.**

Schoepheim. B.31
 Genossenschaftsregister Mannheim I zu D.-3. 50 **Konsumverein Schoepheim-Fabruan und Umgebung, G. m. b. H., in Fabruan:** In der Generalversammlung vom 2. Dezember 1928 wurde ein neues Statut beschlossen. Schoepheim, 24. Mai 1929. **Abt. Amtsgericht.**

Offenburg, Weisg. B.58
 Handelsregister Offenburg

tigen oder ähnlichen Unternehmungen zu beteiligen, solche zu erwerben u. solche zu vertreten. Das Stammapital beträgt 50 000 M. Carl Heidelberg, Fabrikant in Heidelberg, ist Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Der Geschäftsführer Carl Heidelberg hat Einzelvertretungsrecht, auch wenn mehrere Geschäftsführer vorhanden sind. Die Gesellschaft dauert zunächst bis zum 31. Dezember 1934. Sie besteht jedoch von 5 zu 5 Jahren weiter, wenn nicht 6 Monate vor Ablauf einer 5jährigen Periode gekündigt wird. Eine vorübergehende Kündigung ist in den im Gesellschaftsvertrag bestimmten Fällen zulässig. Geschäftslokale: Frankensstraße Nr. 11.

b) vom 15. Mai 1929:

J. Wetterhahn, Mannheim: Die Firma ist erloschen.

Ludwig Schupp, Mannheim: Die Firma ist geändert in: Dr. Selmuß Schupp & Ernst J. Schupp, Fabrik chem. techn. Produkte.

Ludwig Bad, Mannheim: Die Firma ist erloschen.

Filmgesellschaft Martin Johu & Co., Mannheim: Die Firma ist erloschen.

Hermanns & Preißinger, Mannheim: Zweigniederlassung, Sitz: Berlin. Kathilde Hermanns, geborene Goldschmidt, ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Gleichzeitig ist Verbandsmitglied Kaufmann, Berlin, in diese als persönlich haftender Gesellschafter eingetragen.

Ludwig Post, Mannheim: Kaufmann Julius Lichtemberger in Mannheim ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die offene Handelsgesellschaft hat am 1. April 1929 begonnen. Die Prokura des Julius Lichtemberger ist erloschen.

Wolfgang Meyer, Mannheim: Inhaber ist Kaufmann Wolfgang Meyer in Mannheim.

Folgende Firmen wurden gelöscht: Albin Horning, Mannheim; Julius Feinmann, Mannheim; Büro für Trandsport und Verkehr Rudolf Bergmann, Mannheim; Friedrich Knobel, Mannheim; Carl Fr. W. Eiler, Mannheim; Molitorbau Leo Weber, Mannheim; Pedarou; Friedrich Karl Schneider, Mannheim; Arifex-Vertrieb Hygienos, Arol Weiser, Mannheim; Wilma Kaufen, Mannheim; Buchverlag Hermann Ehrhorn, Mannheim; Barbara Stoll, Mannheim; Pedarou. Amtsgericht Mannheim.

Offenburg. B.58
 Handelsregister Offenburg Abt. B Bd. I D.-3. 59: Firma Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Zweigniederlassung Offenburg. Der persönlich haftende Geschäftsführer Bankdirektor Georg von Simson, Berlin, ist als solcher aus der Gesellschaft ausgeschieden. Der Umtausch der Aktien zu 120 M. in Aktien zu 100 und zu 1000 Reichsmark ist durchgeführt. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 9. April 1929 unter Zustimmung der persönlich haftenden Geschäftsführer ist

Badisches Landestheater
 Dienstag, 4. Juni
 * 27
Don Giovanni
 Oper von Mozart
 Dirigent: Krupis
 Regie: Krauß
 Mitwirkende:
 Plan, v. Ernst, Franz, Gordin, Ober, Rentwig, Kühr, Schuster
 Anfang 19^h, Ende geg. 22^h,
 Preise C (1—7 M)
 Nr. 5. Juni Der Siegende
 Holländer,
 Do., 6. Juni Gesellschaft,
 Fr., 7. Juni Lammhauer,
 Sa., 8. Juni zum ersten-
 mal: Perichilde,
 So., 9. Juni einmaliges
 Gastspiel Beatrice Sutter,
 Kottlar: Ein Wadentanz,
 zum erstenmal 19^h,
 No., 10. Juni Gesellschaft.

Colosseum
 Täglich 8 Uhr
Celly do Rheidt Enoch Light
Die Sensationen dieser Saison muß jeder sehen